
3186/J XXII. GP

Eingelangt am 21.06.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Caspar Einem
und Genossen
an Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel
im Zusammenhang mit den **Beschlüssen des Europäischen Rates am 16. und 17.
Juni 2005**

Die Volksabstimmungen zur Europäischen Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden haben deutlich gezeigt, welchen Sprengstoff es für das Projekt der europäischen Integration bedeutet, wenn die Menschen überwiegend den Eindruck haben, ihre Alltagsorgen würden von der Politik - auf nationaler ebenso wie auf europäischer Ebene - nicht ernst (genug) genommen.

Es ist offen sichtlich, dass die auf europäischer Ebene hohe - in Österreich die seit Jahren steigende - Arbeitslosigkeit den Menschen Sorgen macht. Und das betrifft nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern alle, die um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. In diesem Zusammenhang haben viele Menschen in Europa, aber auch in Österreich den Eindruck, dass die europäische Politik und auch die nationale Ausformung der Politik - auch in Österreich - die Bedingungen, die ihnen Angst machen, noch verschärften. Immer wieder wird davon gesprochen, dass es zunächst Strukturreformen brauche, bevor mit Wachstum und zusätzlicher Beschäftigung zu rechnen sei. Was sie dann als Strukturreformen erleben sind Verschärfungen für Arbeitslose, Verschlechterungen im sozialen Netz, höherer Leistungsdruck, Forderungen nach längerer nicht besonders abgoltener Arbeitszeit usw..

Für Familien, in denen ein Familienangehöriger/eine Familienangehörige arbeitslos ist, die sehen, dass die Arbeitslosigkeit seit Jahren steigt und dass die Arbeitslosen zwar immer wieder in Schulungen geschickt werden, dass diese Kurse aber weniger einer notwendigen und nützlichen Qualifizierung dienen, sondern bloß der temporären Entfernung aus der Arbeitslosenstatistik, ist der Zusammenhang deutlich: um sie kümmert sich keiner. Aber die Frage der Erweiterung der Union ist wichtig genug, um vom Regierungschef abwärts die halbe Republik zu beschäftigen.

Werden dazu kritische Stimmen laut, wird nicht nur den Kritikern entgegen gehalten, sie seien keine guten Europäer, es wird auch gesagt, dass die Erweiterung für Österreich wirtschaftlich ein großer Erfolg gewesen sei. Statistiken belegen diese Aussage auch. Sie verschweigen allerdings, dass die wirtschaftlichen Vorteile aus der Erweiterung der Union, insbesondere um Österreichs Nachbarstaaten, nicht gleich verteilt sind. Manche Unternehmen und ihre Eigentümer verdienen offenbar außerordentlich gut. Zum Teil geht das auch mit der Ausweitung der Zahl der Beschäftigten einher. Überwiegend werden jedoch Investitionen in den neuen Märkten realisiert und führen dort zu mehr und besserer Beschäftigung. Das ist zwar insgesamt wirtschaftlich erfreulich, kann jedoch diejenigen, die hier arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, nicht befriedigen. Sie wollen und Europa braucht ein Signal, dass diese Menschen nicht vergessen, aus der politischen Agenda verbannt worden sind, sondern dass sie ins Zentrum der Bemühungen gerückt werden.

Und wenn schon die überwiegend konservativ geführten Regierungen in Europa und auch die österreichische nicht bereit sind, durch entsprechende Maßnahmen zu einer einigermaßen fairen und gleichmäßigen Verteilung der Erweiterungsgewinne zu sorgen, so sollte zumindest ein wirklich großes Qualifizierungsprogramm für jene Gruppen aufgelegt werden, die aufgrund ihrer zu geringen oder mittlerweile entwerteten Qualifikation von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Das wäre ein Signal für viele tausend Menschen in Österreich, das zwar vor der Erweiterung von drei Parlamentsparteien in einem gemeinsamen Entschließungsantrag am 21. 11. 2001 von der Bundesregierung gefordert worden ist. Die Forderung blieb allerdings unerfüllt.

Vor dem Europäischen Rat, der soeben in Brüssel zuende gegangen ist, haben wir versucht, den Bundeskanzler und die Außenministerin darauf aufmerksam zu machen, dass jetzt ein Signal an die Menschen in Europa, an die Menschen in Österreich notwendig ist, das ihnen zeigt, dass sie es mit ihren Alltagsorgen um Arbeit, Einkommen, soziale Sicherheit und eine unversehrte Natur sind, die im Mittelpunkt der nationalen und der europäischen Politik stehen. Nach Durchsicht der Schlussfolgerungen des Vorsitzes zum Europäischen Rat kann man nicht den Eindruck haben, die Europäischen Staats- und Regierungschefs hätten die Nachricht „von unten“, von der Basis der Menschen in ihren Ländern wirklich verstanden. Da die anderen Mitglieder des Europäischen Rates keinem Interpellationsrecht des österreichischen Nationalrates unterliegen, muss versucht werden, zumindest vom österreichischen Bundeskanzler Antworten zu diesen Grundfragen der Akzeptanz der Politik in Europa und damit zugleich des europäischen Integrationsprojektes zu bekommen.

Wir machen uns Sorgen um Europa. Wir machen uns Sorgen um die Menschen in Europa, um die Menschen in Österreich.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher die folgende

Anfrage

1. Würden Sie sagen, dass vom Dokument, das die Schlussfolgerungen des Vorsitzes zum Europäischen Rat in Brüssel am 16. und 17. Juni 2005 enthält, ein Signal ausgeht, das geeignet ist, die BürgerInnen Europas wieder mehr für Europa zu begeistern?
2. Die Schlussfolgerungen des Vorsitzes umfassen 97 Punkte, mit denen sich der Europäische Rat beschäftigt zu haben scheint. Davon befassen sich je zwei Punkte mit dem Scheitern der Verhandlungen zur finanziellen Vorausschau bzw. zu „Nachhaltiger Entwicklung“ und drei mit „Wachstum und Beschäftigung“. Halten Sie das angesichts der vor allem durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit verursachten EU-Skepsis vieler EU-BürgerInnen für ein ausreichendes Signal?
3. Halten Sie die vom Europäischen Rat mit beschlossenen Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008) für ein klares und deutliches Signal?
4. Die Schlussfolgerungen des Rates befassen sich in 56 Punkten mit Außenpolitik. Angesichts der Rolle, die dem Europäischen Rat in der Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zukommt, mag das nicht überraschen. Ist es ein gutes Signal an die BürgerInnen Europas, dass sich ihre Staats- und Regierungschefs in den für ihr Alltagsleben wichtigsten Fragen nicht oder bloß auf wenig einigten konnten, aber viel Engagement auf Fragen der Außenpolitik investierten?
5. In den Schlussfolgerungen behandelt Punkt 2. die Erweiterung der Union um Bulgarien, Rumänien. Ist im Europäischen Rat zur Frage der Erweiterungsgeschwindigkeit diskutiert worden?
6. Zu welcher Auffassung ist der Rat, sollte dieses Thema behandelt worden sein, hinsichtlich der bevorstehenden Erweiterung um Rumänien und Bulgarien gekommen?
7. Hat die Europäische Kommission während des Europäischen Rates erkennen lassen, ob sie daran denkt, von der Möglichkeit des Aufschubs des Beitritts dieser beiden Länder bis 2008 Gebrauch zu machen?
8. Im Entwurf der Schlussfolgerungen vom 31. Mai 2005 9490/05 war noch

- unter ausdrücklicher Nennung der Türkei ausdrücklich von der weiteren Vorgangsweise die Rede. Welchen Hintergrund hat die Tatsache, dass nun die Türkei namentlich nicht mehr und auch der Beginn der Verhandlungen nicht ausdrücklich genannt wird?
9. Kann man diese Vernebelung als Feigheit vor den WählerInnen bezeichnen?
 10. Im Entwurf der Schlussfolgerungen vom 31. Mai 2005 9490/05 war vorgesehen, dass sich ein Punkt mit den Verhandlungsaufnahmeperspektiven Kroatiens befassen sollte. Nun ist von Kroatien nicht mehr die Rede. Hat der Europäische Rat diese Frage nicht behandelt?
 11. Was war Ihre Position zum Verschwinden des Kroatien-Punktes?
 12. Welche Position haben Sie während des Europäischen Rates zu dieser Frage eingenommen?
 13. Wenn schon vom Europäischen Rat keine Signale an die BürgerInnen der EU ausgehen, die sie wieder mehr für Europa begeistern könnten, haben denn Sie als österreichischer Regierungschef konkrete Akzentsetzungen vor, die diesem Ziel dienen könnten?
 14. Welche?